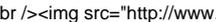




'Allianz für Vernunft in der Energiepolitik' gegründet

"Allianz für Vernunft in der Energiepolitik" gegründet
Für bezahlbaren Strom und gute Arbeitsplätze
IG Metall, IG BCE, IG BAU und EVG starten gemeinsame Unterschriftenaktion
Vier DGB-Gewerkschaften haben eine "Allianz für Vernunft in der Energiepolitik" gegründet. IG Metall, IG BCE, IG BAU und EVG fordern eine Neuorientierung der Energiepolitik und starten eine gemeinsame Unterschriftenaktion "Für bezahlbaren Strom und gute Arbeitsplätze". Die Gewerkschaften streiten für eine Energiewende mit einem wirtschaftlichen, innovativen und sozialverträglichen Energiemix aus erneuerbaren Energien, Kohle und Gas.
Detlef Wetzel, Erster Vorsitzender der IG Metall: "Wir brauchen eine verlässliche und bezahlbare Energieversorgung. Sie bildet die Basis für die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie, für unsere Branchen und Arbeitsplätze. Von den Regierungen in Bund und Ländern erwarten wir eine Energiepolitik, die Wettbewerbsfähigkeit, Arbeitsplätze und Klimapolitik in einen sinnvollen Einklang bringt."
Michael Vassiliadis, Vorsitzender der IG Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE): "Wir stehen am Beginn einer neuen Auseinandersetzung um die Zukunft unserer Branchen. Es geht um die Perspektiven in der Energieerzeugung und der energieintensiven Wirtschaftszweige. Wir wollen eine erfolgreiche Energiewende, wir wollen eine Energiewende, die zu mehr Beschäftigung führt, statt gute Arbeitsplätze zu vernichten."
Robert Feiger, Bundesvorsitzender der IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU): "Die Energiewende wirkt sich auf alle wichtigen Bereiche der Gesellschaft aus. Damit sie gelingen kann, brauchen wir deshalb eine breite Akzeptanz in der Bevölkerung. Dies kann nur gelingen, wenn Arbeitsplätze, Wettbewerbsfähigkeit und Klimapolitik zusammen gedacht werden."
Alexander Kirchner, Vorsitzender der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG): "Die jetzige Energie- und Ökologiepolitik ist auch im Bereich des Verkehrs konzeptionslos. Sie verteuert den ökologisch sinnvollen Schienenverkehr und führt zu noch mehr Umweltbelastung durch vermeidbare CO2-Emissionen."
In den nächsten Wochen fallen wichtige Entscheidungen für die zukünftige Energiepolitik. Noch im Dezember berät die Bundesregierung über ein nationales Aktionsprogramm zum Klimaschutz. Das Bundeswirtschaftsministerium hat gerade ein so genanntes Grünbuch "Ein Strommarkt für die Energiewende" vorgelegt.
IG Metall, IG BCE, IG BAU und EVG sind gemeinsam der Auffassung, dass eine verlässliche und bezahlbare Energieversorgung die Basis von wettbewerbsfähigen Unternehmen und sicheren, guten Arbeitsplätzen ist.
Es seien bereits zu viele Arbeitsplätze unnötig verloren gegangen. Bei allen Entscheidungen zur Energiewende müsse der Maßstab sein, dass Arbeitsplätze gestärkt und gesichert werden. Weiter heißt es in dem gewerkschaftlichen Aufruf: "Wir erwarten, dass die Regierungen im Bund und in den Ländern zu einer Energiepolitik der wirtschaftlichen und sozialen Vernunft zurückkehren. Wir wollen eine Energiewende ohne Arbeitsplatzrisiko und politische Preistreiberei. Wir wollen eine Energiewende mit Wachstum und Klimaschutz. Arbeitsplätze, Wettbewerbsfähigkeit und Klimapolitik müssen so miteinander verbunden sein, dass nicht das eine gegen das andere ausgespielt wird."
Ruprecht Hammerschmidt
Leiter der Abteilung Kommunikation
und Öffentlichkeitsarbeit
Pressesprecher IG Bauen-Agrar-Umwelt
IG Bauen-Agrar-Umwelt
Bundesvorstand
Pressestelle
Olaf-Palme-Str. 19
60439 Frankfurt a. Main
Tel.: 069 - 95 73 71 35
Fax: 069 - 95 73 71 38
E-Mail: presse@igbau.de
www.igbau.de


Pressekontakt

IG Bauen-Agrar-Umwelt

60439 Frankfurt am Main

presse@igbau.de

Firmenkontakt

IG Bauen-Agrar-Umwelt

60439 Frankfurt am Main

presse@igbau.de

Weitere Informationen finden sich auf unserer Homepage